



Tariftreuegesetz MV: „Für Löhne, die sich lohnen.“

Neue Regelung stärkt heimische Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen

Bei öffentlichen Aufträgen in MV muss ab dem 1. Januar 2024 Tariflohn oder tarifgleicher Lohn gezahlt werden. Das ist die wichtigste Neuerung des Tariftreue- und Vergabegesetzes des Landes, das im November vom Landtag beschlossen wurde. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land ist dies ebenso ein gutes Signal wie für die einheimischen Unternehmen, die im Wettbewerb um Fachkräfte gestärkt und vor Dumping-Angeboten geschützt werden.

„Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern treten wir als Land aktiv für Löhne ein, die sich auch lohnen. Gute Arbeit muss auch fair bezahlt werden“, findet Julian Barlen, Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Er sieht in dem neuen Gesetz einen konsequenten Schritt in Richtung guter Löhne.

Diese Sichtweise wird auch von wissenschaftlichen Studien gestützt, die feststellen, dass Tarifverträge sich deutlich positiv auf die Arbeitssituation auswirken. Eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, vom April dieses Jahres, kommt zu dem Ergebnis, dass Beschäftigte in Unternehmen mit Tarifvertrag im Durchschnitt zwölf Prozent

mehr verdienen und zudem insgesamt 54 Minuten pro Woche weniger arbeiten müssen, als Mitarbeiter in Betrieben, bei denen keine Tarifbindung besteht.

Bei öffentlichen Vergaben soll zukünftig der Fokus ganz klar auf dem wirtschaftlichsten und nicht auf dem billigsten Angebot liegen. Ziel ist es, die regionalen und lokalen Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen zu stärken. Dies wird auch beim Nachhaltigkeitsfaktor berücksichtigt, der bspw. kurze Wege und einen möglichst geringen ökologischen Fußabdruck zu einem Bewertungskriterium bei öffentlichen Aufträgen macht.

Tariflöhne werden von Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden ausgehandelt. Sie spiegeln ein angemessenes Lohnniveau in den jeweiligen Branchen wieder und sind daher ein guter Gradmesser für eine faire Bezahlung bei öffentlichen Aufträgen. Sie stärken die Sozialpartnerschaft, die Tarifbindung von Unternehmen und die Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Mecklenburg-Vorpommern.

Mehr Informationen zum neuen Tariftreue- und Vergabegesetz finden Sie auf unserer Webseite unter

www.spd-fraktion-mv.de/guteloehne.

2 Investitionen in die Zukunft Doppelhaushalt 2024 / 2025



3 Ferienhort beitragsfrei Familien werden weiter entlastet.



4 Zwei Jahre MV-Koalition Das ganze Land im Blick.



6 Gesundheitsberufe schulgeldfrei Fachkräftesicherung im Gesundheitswesen





Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2023 war für uns alle herausfordernd. Die Energiekrise. Menschen auf der Flucht. Unser inniger Wunsch nach Frieden. Schnell erhitzen bei diesen Themen die Gemüter, ergibt ein Wort das andere. Aber wir dürfen nie vergessen wie wichtig es ist, dass wir trotz aller Differenzen aufeinander zugehen, einander respektvoll zuhören und vor allem als Gesellschaft zusammenhalten.

Für uns als SPD-Landtagsfraktion ist wichtig, dass wir niemanden im Land in der aktuellen Situation alleine lassen. Dafür stehen wir als SPD-Fraktion seit über 25 Jahren in Regierungsverantwortung und daran werden wir auch nicht rütteln. Wir wollen, dass alle Menschen in MV gleich gut leben können. Dazu gehören nicht zuletzt gute Löhne für gute Arbeit, bezahlbare Mobilität in allen Landesteilen, gute Kitas und Schulen und natürlich solide Finanzen auch in bewegten Zeiten.

In der Landtagssitzung im Dezember haben wir den Doppelhaushalt 2024/25 beschlossen. Somit können Gemeinden, Vereine und Verbände, die Gelder aus dem Landeshaushalt erhalten, verlässlich ins neue Jahr starten. So schaffen wir Vertrauen in die Landespolitik.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit mit Ihren Lieben, frohe Stunden mit Freunden und einen guten Rutsch in ein gesundes neues Jahr. Wir werden unser Bestes geben, dass 2024 ein besseres Jahr für uns alle wird – in Frieden und Wohlstand.

Herzliche Grüße, Ihr

Julian Barlen

Julian Barlen
Vorsitzender SPD-Landtagsfraktion MV

Landtag in Schwerin beschließt Doppelhaushalt 2024 / 2025

Solide Finanzen und Investitionen in die Zukunft

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Bundeshaushalt hat auch in Mecklenburg-Vorpommern erheblichen Staub aufgewirbelt. Trotz der Unsicherheit in Hinblick auf den Bundeshaushalt, die das Karlsruher Urteil bedeutet, hat der Landtag in seiner Dezember-Sitzung den Doppelhaushalt des Landes für die kommenden beiden Jahre beschlossen. Denn am Landeshaushalt hängen auch die Kommunen, hängen Unternehmen sowie Vereine und Verbände. Mit dem Haushaltsbeschluss wird Verlässlichkeit hergestellt, können bspw. die Kommunen ihre Haushaltsberatungen fortsetzen.

Der kommende Doppelhaushalt des Landes ist trotz schwerer Zeiten beachtlich. Gut elf Milliarden Euro pro Jahr sind an Ausgaben vorgesehen, und das solide finanziert. Dabei werden Investitionen von rund 1,6 Milliarden Euro jährlich eingeplant, bspw. für Infrastrukturprojekte und wichtige Zukunftsinvestitionen.

Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz, Energiewende

Klimaschutz und Energiewende, der Aufbau einer tragfähigen Wasserstoffwirtschaft mit entsprechender Wertschöpfung und die Stärkung der Digitalisierung im Land auch zur Bewältigung des Fachkräftemangels sind nur einige der wichtigen Zukunftsprojekte, mit denen Mecklenburg-Vorpommern gut aufgestellt wird.

Die Gemeinden und Landkreise erhalten ab dem kommenden Jahr mehr Geld vom Land. Unter anderem werden gemeinsam von Land und kommunaler Ebene in den nächsten Jahren 400 Millionen Euro für die Sanierung und den Neubau von Schulen bereitgestellt werden. Weitere 50 Millionen Euro sind für neue Feuerwehrgerätehäuser in den nächsten Jahren eingeplant. Auch bei den Betreuungsvereinen wird aufgestockt. Diese erhalten ab 2024 mehr als eine Millionen Euro jährlich. Im Gesundheitsbereich stellt das Land ab 2025 fünf Millionen Euro mehr pro Jahr für die Krankenhäuser zur Verfügung. Und für die Schulgeldfreiheit in der Ausbildung wichtiger Gesundheitsberufe sind jährlich drei Millionen Euro vorgesehen (siehe auch Seite 6).

Der MV-Schutzfonds, der in der Corona-Pandemie zur Unterstützung der Wirtschaft und

der Menschen im Land mit breiter Mehrheit des Landtages eingerichtet worden war, wird zum Jahresende und damit ein Jahr früher als ursprünglich geplant auslaufen. Damit reagiert das Land auch auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, dass sich zu den Laufzeiten solcher Notlagenkredite geäußert hatte. Rund 415 Millionen Euro werden für die Tilgung des MV-Schutzfonds eingesetzt werden.

Anders als im Bund ist der Zweck des MV-Schutzfonds in seiner gesamten Laufzeit nicht geändert worden. Das war aber der Hauptkritikpunkt an der Finanzpolitik im Bund.

Die aktuelle Situation macht die Nachteile der Schuldenbremse deutlich. In Situationen, in denen der Staat wirtschaftliche Impulse durch mutige Investitionen in die Zukunft setzen müsste, sind ihm die Hände gebunden. Der Landtag hat daher im Dezember auch einen Antrag der MV-Koalition beschlossen, der eine Reform der Schuldenbremse fordert.

Dass wir im Land aktuell wichtige Investitionen tätigen können, liegt vor allem an der soliden Finanzpolitik unter SPD-Führung in den zurückliegenden 25 Jahren. Diese solide Finanzpolitik bei gleichzeitiger Investition in die Zukunft des Landes werden wir auch zukünftig beibehalten.



50 Millionen Euro werden für ein Programm für den Bau von Feuerwehrgerätehäusern bereitgestellt.

Kostenloser Ferienhort und mehr Erzieherinnen und Erzieher

Mehr Geld für die Kitas: Wir stärken das Kinderland MV

Gute Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher, mehr Personal und finanzielle Entlastungen für die Familien im Land – die SPD-Landtagsfraktion fährt in puncto Kinderbetreuung einen klaren Kurs. Seit 2020 brauchen Eltern bereits keine Gebühren mehr für Krippen Kitas oder den Hort zu bezahlen.

Ferienhort beitragsfrei – Familien weiter entlastet

Im Juni 2022 haben die Fraktionen der MV-Koalition ein weiteres Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umsetzen können, welches Familien weiter entlasten wird.

„Wir haben den beitragsfreien Ferienhort beschlossen. Wir gehen damit einen weiteren wichtigen Schritt hin zu mehr Chancengleichheit und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, erklärt Mandy Pfeifer, familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Mit dieser Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes (KiföG) kann der Ferienhort dauerhaft im Umfang von bis zu zehn Stunden täglich beitragsfrei in Anspruch genommen werden. Bisher mussten die Eltern die Kosten für einen erhöhten Bedarf an Hortförderung während der Schulferien selbst bezahlen.

Mehr Geld für Kommunen

Der beitragsfreie Ferienhort ist nicht die einzige Änderung im Bereich der Kinderbetreuung, für die wir als SPD-Fraktion

gesorgt haben. Damit die Landkreise besser planen können und auch mehr Geld für die Kindertagesförderung zur Verfügung haben, wurde das Gesetz im Sommer 2022 noch einmal überarbeitet.

„Mit dieser Änderung stellen wir den Landkreisen und kreisfreien Städten schon frühzeitig deutlich mehr Geld zur Verfügung, um die Vorgaben des Gesetzes umsetzen zu können. Die Beitragsfreiheit ist gut für die Familien, für die Erzieherinnen und Erzieher und die jetzt beschlossene Finanzierung auch für die Kommunen“, sagt Mandy Pfeifer.

Land erhöht Ausgaben immens

Generell sind die Ausgaben im Bereich der Kindertagesförderung in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Während im Jahr 2010 noch knapp 103 Millionen Euro ausgegeben worden sind, werden wir im Jahr 2025 schon rund 580 Millionen Euro zur Verfügung stellen – ein Plus von knapp 477 Millionen Euro.

Mehr Erzieherinnen und Erzieher für mehr Kinder in den Kitas

Weil Geld alleine aber nicht alle Probleme löst, arbeitet die SPD-Landtagsfraktion zudem auch daran, bessere Bedingungen in den Kitas und Krippen herzustellen. Wichtig ist es, für qualifiziertes Personal in den Einrichtungen zu sorgen. Schließlich steigt die Anzahl der betreuten Kinder von Jahr zu Jahr. Im Jahr 2011 wurden laut



Bildungsministerium insgesamt 96.488 Kinder in Mecklenburg-Vorpommern in Kitas oder einer Tagespflege betreut. 2023 waren es schon 117.597 Kinder.

Um diesem gestiegenen Bedarf gerecht zu werden, sorgen wir Anfang des Jahres dafür, dass Personen, die zu staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern für 0- bis 10-Jährige (ENZ) ausgebildet werden, ab dem Ausbildungsjahrgang 2023/2024 im ersten und zweiten Ausbildungsjahr nicht mehr auf den Stellenanteil einer Fachkraft angerechnet werden.

Bedeutet: Die Auszubildenden werden schrittweise aus dem Personalschlüssel herausgerechnet. Dadurch sind die Kitas in der Lage, zusätzliche Fachkräfte einzustellen.

„Wir wollen jedem Kind die Förderung in einer Kita ermöglichen und zugleich die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher verbessern. Dafür brauchen wir vor allem auch mehr Fachkräfte. Hiermit konnte eine deutliche Entlastung des Personalschlüssels vereinbart werden“, sagt Landtagsabgeordnete Mandy Pfeifer.

Darüber hinaus wollen wir dafür sorgen, dass die Kindergartengruppen ab September 2024 kleiner werden. Bisher muss eine Erzieherin für 15 Kinder Sorge tragen. Ab dann soll eine Fachkraft nur noch für 14 statt bisher 15 Kinder Sorge tragen.



In schwierigen Zeiten das Land gut vorangebracht

Zwei Jahre MV-Koalition: Verantwortung auch für morgen

*Als Ende 2021 die MV-Koalition in Schwerin ihre Arbeit aufnahm, konnte niemand wissen, wie ereignisreich diese beiden Jahre werden würden. Corona schien gerade überwunden, als durch den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands in der Ukraine die Welt durcheinander gewirbelt wurde. Vor allem die Energiekrise und die aus ihr folgende Inflation haben die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern vor Herausforderungen gestellt. Wie teuer wird der Wochenendeinkauf? Wie bringe ich meinen Betrieb sicher durch die Krise? Kann ich die Miete angesichts hoher Energiepreise noch bezahlen? All diese Fragen beschäftigten die Menschen im Land. Umso wichtiger war es uns, Sie bei ihren Problemen nicht im Regen stehen zu lassen. So hat sich die MV-Koalition als einer der ersten im Bund für eine **Energiepreisbremse** stark gemacht – und dieses Ziel im Bund auch durchsetzen können.*

Allen Krisen zum Trotz arbeiten wir daran, das Land fairer, stärker und zukunftssicher zu machen. Dafür investieren wir in die Zukunft unseres Landes. Für die kommenden beiden Jahre haben wir im Doppelhaushalt 2024/25 jährlich rund 11 Milliarden Euro eingeplant. Geld, das auch bei Ihnen vor Ort ankommen wird.

Effektiver Klimaschutz und eine starke Wirtschaft

Für uns gehen effektiver Klimaschutz und eine starke Wirtschaft Hand in Hand. Grüner Wasserstoff ist für unser Land eine große Chance für zukünftige Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern. Darum fördern wir auch den Ausbau der erneuerbaren Energien und das mit Augenmaß und im Einklang mit Mensch und Natur. Mit dem Förderprogramm für Balkonsolaranlagen unterstützen wir die Energiewende ganz konkret und helfen den Menschen auch in Mietwohnungen dabei, sie bei ihren Stromkosten zu entlasten.

Die maritime Wirtschaft ist und bleibt ein wichtiger Wirtschaftszweig im Land. Für die Wertstandorte in MV konnten wir nach der Pleite von Genting gemeinsam mit dem Bund zukunftssichere Perspektiven schaffen, bspw. mit dem Marine-Arsenal in Rostock. Und in Wolgast wurde auf der Peenewerft gerade erst die Arbeit an einer von insgesamt vier hochmodernen Fregatten der Bundeswehr begonnen.

Die Tourismuswirtschaft im Land haben wir in den Krisen der letzten Jahre aktiv unterstützt. Wir wollen das Urlaubsland Nummer Eins in Deutschland bleiben. Dafür brauchen wir ausreichend Fachkräfte und haben gemeinsam mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften einen engen Austausch zu diesem Thema etabliert. Denn eines hat uns Corona gelehrt: Durch große Krisen kommt man besser, wenn man sie gemeinsam anpackt.

Erfolgreiche Ansiedlungspolitik auch dank guter Sozialpolitik

Der Chiphersteller Intel mag knapp nicht nach MV gekommen sein, aber Birkenstock ist es. Das neue Werk in Pasewalk mit seinen insgesamt 1000 neuen Arbeitsplätzen ist ein großer Erfolg in der Ansiedlungspolitik. Wir bleiben dran, auch weitere Unternehmen von den Vorzügen unseres Bundeslandes wie bspw. der kostenfreien Kita zu überzeugen. Denn die ist am Ende auch für Familien ein handfester Standortvorteil.

Ab Januar 2024 gilt in MV das Tariftrueu- und Vergabegesetz. Für öffentliche Aufträge gilt dann, dass Tariflohn oder tarifgleicher Lohn gezahlt werden muss. Das ist gut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zudem stärken wir mit dem Gesetz die Position einheimischer Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen. Das Land zukunftsicher zu machen, bedeutet auch, in eine gute und faire Bildung zu investieren. Dazu gehört bspw., dass das Land die Förderung der Sprach-Kitas übernommen hat, nachdem das Förderprogramm des Bundes eingestellt worden war. Und gemeinsam mit den Kommunen werden in den nächsten Jahren 400 Millionen Euro für die Sanierung und den Neubau von Schulen bereitgestellt.

Doch Geld alleine reicht nicht aus. Bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern gehen wir neue Wege und setzen damit auch bundesweit Maßstäbe. Auch an den Schulen benötigen wir ausreichend Lehrerinnen und Lehrer. Unsere Bemühungen hier tragen inzwischen Früchte, denn allein in diesem Jahr konnten bereits 600 neue Lehrkräfte in MV eingestellt werden.

Viele Menschen befinden sich auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung oder Vertreibung. Die Unterbringung dieser Menschen bringt viele Kommunen an den Rand des



Wir wünschen Ihnen eine frohe und erholsame Weihnachtszeit mit Ihren Lieben und einen Guten Rutsch ins Neue Jahr. Auf ein erfolgreiches 2024, in dem wir unser schönes Bundesland mit Ihnen weiter voranbringen wollen.

Leistbaren. Umso wichtiger ist es, dass wir in MV als eines von nur zwei Bundesländern die Kosten für die Unterbringung als Land zu 100 Prozent übernehmen. Und daran werden wir auch nicht rütteln. Auch insgesamt stärken wir die Gemeinden. Mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz erhalten diese jedes Jahr 1,5 Milliarden Euro. Ab dem kommenden Jahr kommen noch einmal 61 Millionen Euro hinzu.

Für die Freiwilligen Feuerwehren planen wir nach dem Förderprogramm für neue Fahrzeuge jetzt die nächsten 50 Millionen Euro für den Neubau von Feuerwehrgerätehäusern ein. Gute Trainings- und Einsatzbedingungen gehören für uns einfach zur Wertschätzung für dieses so wichtige Ehrenamt dazu.

Beim sozialen Wohnungsbau haben wir den Landestopf aufgestockt, damit wir auch trotz gestiegener Baupreise weiter in den Sozialen Wohnungsbau investieren können. Denn bezahlbares Wohnen

ist für alle Menschen im Land wichtig.

Dass Rentner in Ost und West seit diesem Jahr die gleichen Renten erhalten, ist ein großer Erfolg und für die SPD-Landtagsfraktion und eine Frage des Respekts. Mit dem Seniorenticket, das wir im August eingeführt haben, sorgen wir dafür, dass man für 29 Euro im Monat auch im Alter deutschlandweit mobil bleiben kann.

Für die SPD-Landtagsfraktion ist es wichtig, dass alle Generationen Respekt verdienen. Deswegen wurde beschlossen, das Wahlalter bei Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen. Auf diese Weise wird jungen Menschen im Land eine Stimme gegeben. Darüber hinaus können sich Jugendliche künftig per Gesetz stärker in die Politik einmischen. *Übrigens: Weil uns Gleichberechtigung wichtig ist, haben wir den Frauentag dauerhaft als Feiertag eingerichtet. Sie können also auch am 8. März 2024 einen freien Tag einplanen.*

Mobilitätsoffensive des Landes zeigt Wirkung

Dass Mobilität in Mecklenburg-Vorpommerns ländlichen Räumen nicht nur aus dem Schulbus morgens und abends besteht, daran arbeitet die SPD-Landtagsfraktion bereits seit längerem. Denn öffentliche Mobilität zu stärken hilft vor allem den Generationen, die noch nicht oder nicht mehr mit dem PKW mobil sein können. Mit dem Azubiticket und dem Seniorenticket gibt es bereits zwei vergünstigte Landesversionen des Deutschlandtickets genau für diese Zielgruppen. Jetzt geht es darum, Stück für Stück auch das Angebot so zu verbessern, um echte Alternativen zum Auto zu schaffen.

Im Bahnverkehr sind diese Bemühungen bereits in Kraft. Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember hat das Land insgesamt 1,2 Millionen Leistungskilometer mehr bestellt. Das ist ein Plus von immerhin sieben Prozent und damit der größte Anstieg seit über 20 Jahren.

Zwischen Rostock und Warnemünde werden auf der S1 jetzt auch zwischen 0:30 Uhr und 4:30 Uhr zusätzliche Züge eingesetzt, so dass hier ein durchgängiger 30-Minuten-Takt entsteht. Zwischen Rostock und Güstrow wird es demnächst dreimal täglich je Richtung eine Expressverbindung geben, die ohne Zwischenhalt die Strecke in 22 Minuten bewältigt. Bei dem Tempo kann kein Auto mehr mithalten. Die Züge des RE10 fahren zukünftig bis Pasewalk. Zwischen Schwerin und Hamburg wird das Angebot verbessert. Die RB12 (Bad Doberan - Rostock - Graal Müritz) fährt an Wochenenden jetzt tagsüber im Stundentakt. Auch bei der RB26 und RB27 auf

Rügen sowie den Zügen der Südbahn wird es Verbesserungen des Angebotes geben. Wermutstropfen: Vor allem im nächsten Jahr werden zahlreiche Infrastrukturprojekte der Bahn zu Einschränkungen im Bahnverkehr und Schienenersatzverkehren sorgen. Auch auf den Straßen rollt demnächst mehr öffentlicher Verkehr. Wir führen beginnend ab dem kommenden Jahr gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen verbesserte Taktbusstrecken ein. Den Anfang macht die Verbindung von Sternberg nach Schwerin, auf der ab dem kommenden Jahr dann werktags Busse im Stundentakt fahren werden.

Auch zwischen Neubrandenburg und Waren mit Zwischenhalt in Penzlin wird es ab dem kommenden Jahr einen Taktbus geben, der Werktags jede Stunde, am Wochenende aller zwei Stunden verkehrt. 3,1 Millionen Euro hat das Land für neue Taktbuslinien eingeplant.

Weitere 13,5 Millionen Euro werden im nächsten Jahr in den Aufbau und den Betrieb des Rufbusystems fließen. In einem Stufenplan werden Stück für Stück die Regionen des Landes erschlossen werden. In Westmecklenburg wird es bereits zum Jahreswechsel ein flächendeckendes Rufbusystem geben. Der Landkreis Rostock wird sein Rufbusystem rubi ab dem dritten Quartal auf den gesamten Landkreis ausweiten. Vorpommern-Greifswald und die Mecklenburgische Seenplatte werden Schritt für Schritt die bestehenden Rufbusangebote ausbauen und auch in Vorpommern-Rügen wird ein Rufbusystem schrittweise aufgebaut werden.



Damit die Bürgerinnen und Bürger in MV künftig mobiler sind, führen wir verbesserte Taktbusstrecken ein.

Interview mit Prof. Dr. Sven T. Olsen

Schulgeldfreiheit bei den Gesundheitsberufen stärkt MV

Im Zuge der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2024 und 2025 haben die Koalitionsfraktion SPD und DIE LINKE beschlossen, dass Auszubildende der Pflegeassistenten, der Physio- und Ergotherapie, der Logopädie, der Diätassistenten und Auszubildende zum Masseur/medizinischer Bademeister für ihre Ausbildung ab dem kommenden Jahr in MV kein Schulgeld mehr bezahlen müssen. Das Land stellt hierfür insgesamt sechs Millionen Euro zur Verfügung. Wir haben Dr. Sven T. Olsen, Geschäftsführer der ecolea Berufsschulen, um seine Einschätzung gebeten:

Herr Olsen, Sie sind Geschäftsführer der ecolea Berufsschule und Leiter der Arbeitsgruppe Ausbildung, Weiterbildung und Fachkräftesicherung im Kuratorium Gesundheitswirtschaft. Was macht diese Arbeitsgruppe aus?

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die politische Umsetzung der im „Masterplan Gesundheitswirtschaft 2030“ formulierten Entwicklungsziele, wie nachhaltige Ausbildung, Gewinnung und Bindung qualifizierter Fachkräfte voranzubringen und zu flankieren. Dazu ist es erforderlich, die vielfältigen Karrierechancen in der Gesundheitswirtschaft offensiver darzustellen und Interessierte über die vielfältigen Chancen und Möglichkeiten zu informieren. Bereits jetzt entfallen circa 20 Prozent aller Jobs in MV auf die Gesundheitsbranche.

Welche Handlungsfelder betrachten Sie zur Weiterentwicklung der Gesundheitsbranche bei uns im Land als zentral?

Aus der Perspektive unserer Arbeitsgruppe müssen wir verstärkt in die Zuwanderung gut ausgebildeter Arbeitskräfte, die Qualifizierung und Weiterqualifizierung unserer Fachkräfte, sowie in die langfristige Personalbindung investieren. Gerade in den beiden letztgenannten Handlungsfeldern ist die nun beschlossene Schulgeldfreiheit für Auszubildende der Pflegeassistenten,

der Physio- und Ergotherapie, der Logopädie, der Diätassistenten und für Auszubildende zum Masseur/medizinischer Bademeister ein sehr wichtiger Schritt.

Können Sie das etwas eingehender erläutern?

Der hohe Fachkräftebedarf ist derzeit in aller Munde und vielerorts auch direkt spürbar. Gerade in den Gesundheitsfachberufen brauchen wir gut qualifizierte Nachwuchskräfte, um die gesundheitliche Versorgung langfristig sicherzustellen. Wir wollen auch in 20 Jahren noch gut versorgt und betreut werden. Mit der Schulgeldfreiheit werden die Rahmenbedingungen für die Ausbildungen attraktiver, und es werden die Voraussetzungen geschaffen, damit mehr junge Menschen in diesen Berufen tätig werden. Außerdem gilt, je mehr Nachwuchs gewonnen werden kann, desto stärker wird das bereits beschäftigte Personal entlastet und dessen Zufriedenheit im Job steigt. Mit guter Nachwuchsgewinnung kann folglich auch viel dafür getan werden, dass Menschen in den Gesundheitsberufen verbleiben oder sogar in diese zurückkehren.

Wie viele Auszubildende werden in MV nun konkret entlastet?

Wir sprechen hier über derzeit circa 1.000 Auszubildende, die kein Schulgeld mehr bezahlen müssen. Bislang waren das immerhin noch bis zu 225 Euro im Monat. Das Land wird dafür in den kommenden beiden Jahren insgesamt sechs Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Man könnte sich vorstellen, dass Sie die Schulgeldfreiheit gerne schon früher gesehen hätten?

Ja, das habe ich bereits an anderer Stelle ausgeführt. Natürlich wäre es schön gewesen, dieser Schritt wäre bereits in der letzten Wahlperiode gelungen, aber es ist müßig in die Vergangenheit zu schauen. Nun haben wir die Schulgeld-



Prof. Dr. Sven T. Olsen ist Geschäftsführer der ecolea Berufsschule in Schwerin.

freiheit ab 2024 und das ist gut so und ein wichtiger Schritt für unser Bundesland.

Wo sehen Sie Überschneidungspunkte zu anderen Themen, die im Kuratorium Gesundheitswirtschaft bearbeitet werden?

Wir haben stets auch im Blick, MV als Wirtschaftsstandort möglichst attraktiv zu machen. Ganz wichtig ist daher, dass wir unseren Unternehmen gute strukturelle Rahmenbedingungen ermöglichen. Finden Pflegedienste, Heime, Kliniken und Praxen keine Mitarbeiter, ist deren Wirtschaftlichkeit gefährdet.

Für die Stärkung des Standortes MV ist der Beschluss zur Schulgeldfreiheit daher ein wichtiger Schritt. Wir stehen stets im Wettbewerb um Fachkräfte mit den anderen Bundesländern. Wir haben daher ein direktes Interesse, für attraktive Ausbildungs- und Lebensbedingungen zu sorgen.

Ein starker Wirtschaftsstandort ist natürlich immens wichtig, aber im Fokus sollte doch auch die medizinische Versorgung der Menschen in unserem Land stehen?

Das ist zweifelsfrei richtig. Wir erhoffen uns von der Einführung der Schulgeldfreiheit, dass sie in verschiedene Richtungen wirkt. Indem wir uns für die Personalgewinnung stark machen, verbessern wir nachhaltig die Qualität in der Pflege und in vielfältigen Therapiebereichen. Wie gut die Menschen bei uns im Land versorgt, betreut und behandelt werden, hängt maßgeblich davon ab, ob das notwendige Fachpersonal zur Verfügung steht.

Schlachtfeld im Tollensetal: Touristisches Konzept erreicht den Landtag

Als im Tollensetal vor knapp 3.300 Jahren mitten in der Bronzezeit eine Schlacht mit mehreren hundert Beteiligten stattfand, wurde der Tempel von Abu Simbel in Ägypten erbaut. Das Tollensetal ist die älteste bekannte Schlacht in Nordeuropa.

Seit Jahren graben Archäolog:innen an der Fundstelle und dokumentieren ihre interessanten Funde. In den nächsten Jahren sollen diese Erkenntnisse auch geschichtsinteressierten Touristen zugänglich gemacht werden. Hierfür hat die Landesregierung

jetzt ein Konzept erarbeiten lassen, das im Dezember den Landtag erreicht hat. Im zuständigen Ausschuss wird jetzt beraten, wie das 'Stonehenge von MV' zukünftig auch für die Region rund um Altentreptow zum Touristenmagneten werden kann.

Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern

Migrationspolitik braucht Humanität und Ordnung zugleich.

Die Debatte um Flucht und Asyl war eine sehr bestimmende in diesem Jahr. Weltweit sind Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Vertreibung. Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine sind mittlerweile tausende Ukrainerinnen und Ukrainer nach Mecklenburg-Vorpommern geflohen. Durch weitere Konflikte bspw. im Nahen Osten steigt die Anzahl der Menschen, die hier Schutz suchen. vielerorts geraten die Kapazitäten zur Unterbringung an ihre Grenzen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Lage bringt viele Kommunen und auch die zahlreichen Haupt- und Ehrenamtlichen an ihre Grenzen. Wohnungen, Gesundheitsversorgung, Kita- und Schulplätze für Kinder, Sprachkurse, um eine gute Integration zu gewährleisten – dies ausreichend anbieten zu können, bereitet mehr und mehr Mühe. Und das, obwohl das Land die Kosten der Unterbringung den Kommunen vollständig erstattet – als eines von lediglich zwei Bundesländern. Aber es fehlen in den Kommunen selbst oftmals schlicht die räumlichen wie personellen Kapazitäten für so viele Menschen auf einmal.

Posse um „Geheimnisverrat“: Nichts als heiße Luft!

Bundesweite Aufmerksamkeit erlangte im Dezember einmal mehr der parlamentarische Untersuchungsausschuss rund um Nord Stream 2 und die Klimastiftung des Landes. Nach der Befragung eines Zeugen der Bundeswehr machten plötzlich Schlagzeilen über den angeblichen Geheimnisverrat militärischer Unterlagen der NATO an Russland die Runde. Dabei entbehrt diese Geschichte jeder Grundlage, wie Thomas Krüger, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuss, erklärt.

„Die Bundeswehr hat selbst in mehreren Schreiben ihr Einverständnis zur Weitergabe von Daten an Nord Stream 2 erteilt“, so Thomas Krüger.

Zudem seien es keine militärischen Geheimnisse oder als geheim gekennzeichnete Daten gewesen, die vom Bergamt Stralsund an Nord Stream 2 für die Planung der Trassenführung der Erdgaspipeline

Das Menschen, die Schutz benötigen, auch Hilfe bekommen müssten, ist für Julian Barlen, Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, klar. „Das Grundrecht auf Asyl darf nicht bloß ein schlichtes Bekenntnis sein. Es muss in der Praxis jeden Tag ausgelebt werden“, erklärt er.

Menschlichkeit und praktisch Leistbares in Einklang bringen

Um das zu gewährleisten sei es entscheidend, so Barlen, dass die Menschlichkeit mit dem praktisch Leistbaren dauerhaft im Einklang stehen muss. Humanitäre Hilfe müsse daher zugleich mit einem ordnungspolitisch realistischen Umgang mit der aktuellen Lage Hand in Hand gehen. Denn eine Überlastung des Systems würde letztlich Hilfe für diejenigen gefährden, die dieser dringend bedürften.

Populismus, Effekthascherei und parteipolitisches Taktieren, wie er von einigen Parteien praktiziert wird, trägt zur Lösung nichts bei und führt im Gegenteil dazu, dass die Menschen im Land verunsichert werden.

Damit die humanitäre Herausforderung gemeistert werden kann, muss der Bund mit den Ländern sowie den Kommunen eng zusammenarbeiten und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Respekt, Verständnis, gegenseitige Unterstützung, Pragmatismus und Realitätssinn müssten dabei im Mittelpunkt des Handelns stehen.

„Das ist auch der Kurs, der auf der Ministerpräsidentenkonferenz eingeschlagen wurde“, sagt Julian Barlen. Bund und Länder hatten im November gemeinsam beraten. Dabei ging es auch um zeitlich begrenzte Grenzkontrollen, schneller Asylverfahren und um den Abbau von Bürokratie. Nicht jeder, der nach Deutschland käme, könne auch dauerhaft bleiben, wie Bundeskanzler Olaf Scholz nach dem Treffen erklärte.

Humanitäre Verantwortung muss mit ordnungspolitischer Klarheit und mit Machbarkeit vor Ort in den Kommunen Hand in Hand gehen. „Das ist sicher ein schwerer Weg, aber es ist der richtige, der anständige und vor allem mit Blick auf unser Grundgesetz auch der einzige Weg“, sagt Julian Barlen.

WEIHNACHTSSTERNE suchen und gewinnen

Einige haben sich in dieser Ausgabe der Bürger-Post versteckt.

(Bitte zählen Sie auch die Weihnachtssterne in der Lupe mit.)

Haben Sie alle entdeckt?

Wenn ja, schreiben Sie uns bis zum **15.01.2024** die richtige Anzahl der Weihnachtssterne per:

Postkarte: SPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,

E-Mail: info@spd.landtag-mv.de

oder auf unserer Internetseite: www.spd-fraktion-mv.de/raetsel

Mit etwas Glück gewinnen Sie Ihre neue Lieblingstasse.





Unser Rätsel lösen und Tassen der SPD-Fraktion gewinnen!

1	2	3	4	1	5	6	7	8	9	10	11
		8							12		
	13		14					15			
16									17		
					18			19			
		20		2	21			22			23
	24						25				
	26				27						
								28	29		30
31		9								32	33
10			34		4		35				36
	37	38			39						
40											
		7	41					42			43
	44									45	
46			5		47						
	48								3	6	

UMFRAGE: Stimmen Sie ab!

Zukunftsinvestitionen ermöglichen

Es ist die bestimmende Debatte in der Bundespolitik am Ende des Jahres. Soll die Bundesregierung neue Schulden für Investitionen machen können?

Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist es zunächst schwerer geworden, Kredite aufzunehmen, um Bürger und Unternehmen zu fördern. Das Land MV ist von dem Urteil nicht direkt betroffen. Dennoch würde eine Schuldenregel, die Investitionen erlaubt, helfen, nötige Investitionen in die Zukunft zu tätigen.

Was sagen Sie? Sollte die starre Schuldenbremse zu einer Schuldenregel weiterentwickelt werden, die Zukunftsinvestitionen in die Daseinsvorsorge ermöglicht?

Ja, das Land sollte in die Zukunft investieren!
 Nein, das Land sollte lieber sparen!

Lösungswort:

Das Lösungswort einfach unter www.spd-fraktion-mv.de/raetsel eingeben und gewinnen!

WAAGERECHT: 1) Artikel 4) Fortbewegungsmittel 8) AS (engl.) 12) landwirtschaftliches Gerät 13) Heimatsprache 16) Deutsche Eishockey Liga (Abk.) 17) ergreifen (3. Pers.) 18) europäisches Studentenaustauschprogramm 20) SPD-Abgeordneter und Jahreszeit 22) knusprige Hülle 25) untragbarer Zeitmesser 26) Zur nächsten Landtagswahl auf 16 gesenkt 28) Europäischer Sozialfonds 31) mager, dürr 32) Stadt in Brasilien (Kurzform) 34) einfältig 36) Abk. für österreichische Pop- Band ("Märchenprinz") 37) deutsche Boulevardzeitung 39) Musiker 40) Abkürzung Uganda 41) In MV seit 2023 Feiertag 45) Acker 46) Einheimisches Säugetier 47) Frucht mit harter Schale 48) Verbilligtes Deutschlandticket ab 65

SENKRECHT: 2) männlicher Vogel 3) zugewiesene Funktion 5) an sich zweifeln (3. Pers.) 6) plattdeutscher Heimatdichter (Fritz) 7) letzter Lebensabschnitt 9) Gütezeichen in der EU 10) Kleinstadt im Kanton Zürich 11) Bewohner eines Benelux-Staates 14) von Gewerkschaften verhandeltes Gehalt 15) berühmter Maler, der 2024 Jubiläum feiert (Vorname) 17) Requisiten 19) Deutscher LKW-Hersteller 21) fabelhaftes Baumwesen bei Tolkien 23) deutsches Logistikunternehmen 24) eins mehr als neunzehn 25) Schweizer Radio und Fernsehen 27) Wahlperiode 28) Währungseinheit 29) ungebunden 30) Abkürzung Regierung (engl.) 33) Stadt in Nordrumänien 35) norddeutsche Begrüßung 37) niedriges Baumgewächs 38) Sekret zur Käseproduktion 42) öffentliches Fortbewegungsmittel 43) Gemeinde am Niederrhein 44) Toter Tierkörper

Antworten Sie uns bitte per E-Mail (info@spd.landtag-mv.de), per Postkarte (SPD-Landtagsfraktion MV, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin) oder auch auf Facebook (fb.com/SPDLandtagsfraktionMV).
Einsendeschluss: 15.01.2024

Unter www.spd-fraktion-mv.de finden Sie weitere aktuelle Informationen zu unseren politischen Initiativen sowie Medienpublikationen. Pressemitteilungen abonnieren Sie per Mausklick. Wir kommunizieren auch in den sozialen Medien mit Ihnen. Dort finden Sie auch Landtagsreden sowie Interviews und Videos zu politischen Schwerpunkten. Telefonische Nachfragen richten Sie bitte an **0385 525-2355 / -2306**. Per E-Mail erreichen Sie uns unter info@spd.landtag-mv.de.